

Die nächsten Wochen und Monate

Das Eingeständnis der Bundeskanzlerin als Konsequenz der Konferenz der Ministerpräsident*innen (MPK), dass Politik vor Fehlern nicht gefeit sei, verdient Respekt. Wir erleben, wie schwierig demokratische Prozesse sind, wenn alle Interessen berücksichtigt werden sollen. Die Haltung, Überzeugungsprozesse zu bevorzugen gegenüber klarer Ansagen und Regeln, die dann allerdings auch ohne Ausnahmen umgesetzt werden müssen, ist nicht erfolgreich gewesen. Auch uns im SPD-Ortsverein fehlen unsere Kontakte, wir sind reduziert auf Telefonate und Zoom-Meetings und - wie alle anderen auch - führen wir unsere Debatten über politische Entscheidungen im Land und im Bund lediglich digital. Aber: Wir sind vernetzt und arbeiten weiter-, wenn auch ohne unsere persönlichen Kontakte und gemütlichen Nachsitzungen, die uns allen fehlen. Uns ist bewusst: Zielstrebig das Vertrauen in die Corona-Politik von Bund und Ländern zurückzugewinnen, muss jetzt ganz oben auf der Tagesordnung stehen. Wir brauchen keine gegenseitigen Schuldzuweisungen, sondern Klarheit über notwendige Maßnahmen und ihre Umsetzung.

Der Stufenplan, den die MPK Anfang März vereinbart hatte, - enthielt nicht nur Regeln für vorsichtige Öffnungsschritte, sondern auch für deren Rücknahme bei einer Inzidenz von stabil über 100 Neuinfektionen pro Woche und 100.000 Einwohner*innen. Die Infektionszahlen steigen weiter drastisch. Intensivmediziner*innen warnen vor einem in Kürze drohenden Kollaps des Gesundheitssystems. Das ist uns allen bewusst und darüber sind wir umfassend auf allen Ebenen der Medien informiert worden. Wir können uns nicht rausreden, nicht informiert zu sein. Insofern ist umso notwendiger, den gemeinsam gefassten Plan jetzt auch einzuhalten.

Alle Öffnungsschritte müssen überall da, wo die Inzidenz den Wert von 100 stabil übersteigt, mit sofortiger Wirkung zurückgenommen werden. Die "Notbremse" muss jetzt in allen betroffenen Bundesländern konsequent gezogen werden, sonst macht sie keinen Sinn. Wir brauchen mehr als nur gefühlte Eigenverantwortung - **wir brauchen gelebte Verantwortung aller für alle**. Wenn wir unsere privaten Kontakte wie ebenso unsere politischen Treffen in Flein reduzieren und uns lediglich digital oder im Abstand von 1,50 m begegnen, schützen wir uns und unsere Mitmenschen und hoffen, dass auch diese Einschränkungen lediglich zeitlich begrenzt sind.

Das Hin und Her der letzten Wochen hat viel Vertrauen verspielt. Das verdeckt leider auch, wie nah wir am großen Befreiungsschlag einer wirksamen Impfquote sind. Die Durststrecke bis dahin hätte kürzer sein müssen. Aller Ärger darüber darf uns jetzt aber nicht zur Nachlässigkeit verführen. Wir kommen nur in gemeinsam wahrgenommener Verantwortung an das rettende Ufer. Das ist uns auch in unserem Austausch in unseren Zoom-Treffen bewusst.

Genaue Infektionszahlen sind einsehbar über unseren SPD-Telegram-Kanal unter: Telegram: Contact @SPD_Bund_bot

Heidi Scharf-Giegling
Pressesprecherin der Fleiner SPD